

## EDITORIAL

❖ Das jetzt zu Ende gehende Jahr hätte den politischen Sensationsbedarf eines ganzen Jahrzehntes befriedigen können. In 2011 scheint die Krise zum Normalfall der Politik avanciert zu sein. Die erste dieser kritischen Entwicklungen ist die Entladung politischer Frustration gegenüber autokratischen

Machthabern durch eine gut ausgebildete junge Generation im Mittelmeerraum. In der arabischen Welt entwich der Geist der Rebellion aus der Flasche der Diktaturen und entzündete die Fackeln der Freiheit. Ihr erstes Opfer wurde der tunesische Alleinherrscher. Ihm folgte der Machthaber am Nil und schließlich auch der skurrile Führer Libyens, der seine Macht durch den Einsatz der NATO und ihrer arabischen Verbündeten verlor. Die Rebellion erfasste den Jemen und später auch Syrien und Bahrain. Dort bäumten sich die Herrscher noch mit militärischer Gewalt gegen die Opposition auf. Auch wenn der Ausgang noch ungewiss ist, sicher scheint zu sein: Die früheren Herrschaftsverhältnisse sind nicht wiederherstellbar. Ob und inwieweit die übrigen arabischen Länder von dem Geist des Aufstandes infiziert werden, dürfte allein von der Bereitschaft ihrer Regierungen abhängen, den offenkundigen Bedarf an demokratischen Reformen zu befriedigen. Inwieweit demokratische Wahlen zu einer liberalen Demokratie westlichen Typs führen, wird sich in den kommenden Monaten erweisen.

Dramatik entwickelte in diesem Jahr auch die Eurokrise. Immer neue Milliarden mussten zur Rettung des Euro zur Verfügung gestellt werden. Innerhalb eines Jahres haben sechs Regierungen in Euroländern vorzeitig das Handtuch werfen müssen. Es begann mit Irland, ihm folgten Portugal und die Slowa-



kei. Allein in den letzten Wochen kamen Griechenland, Italien und Spanien hinzu. Während die Griechen mit Lukas Papademos einen anerkannten Finanzfachmann zum Ministerpräsidenten kürten, der in seinem Kabinett Politiker aus den beiden verfeindeten Traditionsparteien um sich sammelte, verzichteten

die Italiener vollständig auf Parteipolitiker und setzten auf ein Kabinett von Fachleuten unter Premierminister Mario Monti. In Spanien hingegen kam es zu vorzeitigen Parlamentswahlen, die der bisherigen Opposition einen fulminanten Wahlsieg bescherten und Mariano Rajoy an die Spitze der Regierung brachten.

Deutschland braucht sich um einen vorzeitigen Regierungswechsel nicht zu sorgen. Die Kanzlerin hat die politischen Kräfte des Parlamentes bei der Bewältigung der Eurokrise – soweit das möglich war – mit ins Boot genommen. Auf anderen Feldern der Innenpolitik (Wehrpflicht, Atomausstieg, Lohnuntergrenze, Oberschule) hat sie die Kampfzone parteipolitischer Gemeinsamkeiten ausgeweitet, der Konkurrenz Profilierungsthemen weggenommen und so – nach der Selbstmarginalisierung des liberalen Regierungspartners – ihre Koalitionsmöglichkeiten vergrößert. Nach den schändlichen Morden rechtsextremistischer Terroristen und der zehnjährigen Blindheit der Sicherheitsbehörden wird sie jetzt daran arbeiten müssen, dass ihre Partei in der Wahrnehmung der Bürger auch den Kampf gegen den Rechtsextremismus gewinnt. ♦

*Wolfgang Bergsdorf*

Wolfgang Bergsdorf